



Friedenszentrum Braunschweig e.V.

Goslarsche Str. 93
D-38118 Braunschweig
T: 0531-893033

E: kontakt@friedenszentrum.info
IBAN: DE 6825 0905 0000 0092 9123

24.02.16

Rundbrief 1-16

Liebe Mitglieder und Interessierte!

Erklärung des Friedenszentrums Braunschweig zum Jahreswechsel

- 1) Wir erkennen, dass die Globalisierung, von der Europa bisher profitierte, sich nun in Form von Flüchtlingsströmen und IS-Terror gegen Europa richtet. Auslöser waren im Wesentlichen die Kriege, die Georg W. Bush im Nahen und Mittler Osten geführt hat.
- 2) Die Flüchtlingsströme waren seit Jahren absehbar, aber niemand nahm sie als Gefahr ernst. Der UN wurde die notwendige Hilfe in den Flüchtlingslagern gekürzt.
- 3) Die Bundeskanzlerin handelte zwar moralisch richtig, als sie die Flüchtlinge aufnahm, aber völlig planlos und ohne Absprache mit den anderen europäischen Regierungen. Dabei wird das Grundrecht auf Asyl und die im Schengen-Abkommen garantierte Freizügigkeit weitgehend aufgehoben. Die Existenz eines vereinten Europas ist in Gefahr.
- 4) Deutschland hat in den Jahren nach dem Kollaps der Sowjetunion über 2 Millionen sog. Russlanddeutsche aufgenommen und mehr oder minder gut integriert. Sie galten als Deutsche, auch wenn nur noch die Großmutter ein bisschen Deutsch sprach. Sie sahen aus wie die Einheimischen und waren keine Moslems, sondern, als Nachkommen von ausgewanderten Pietisten, meist Christen. Wir sehen die jetzige Welle der Abwehr gegen Flüchtlinge als Zeichen zunehmender gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (vgl. die jährlich erscheinenden Studien von Prof. Heitmeyer, Uni Bielefeld). Auch die lobenswerte Tätigkeit der vielen ehrenamtlichen Helfer kann diesen Trend nicht ausgleichen.
- 5) Zudem nimmt der Rechtradikalismus in Ländern wie Ungarn, Polen und der Slowakei zu; andere Länder werden folgen. Die AfD und gewaltförmiger Rechtsradikalismus gewinnt auch bei uns an Zulauf.
- 6) Eine weitere gravierende Spaltung, die quer durch alle Staaten Europas geht, ist der sich verschärfende Unterschied zwischen Arm und Reich. Er trifft auch die scheinbar reichen Industriestaaten, wo die Zahl der Obdachlosen stark ansteigt. Verteilungskämpfe zwischen dem einheimischen Prekariat und den Migranten sind zu befürchten. - Am schlimmsten trifft der verordnete Sparzwang aber die Länder des Südens, wo die herrschende Austeritätspolitik die Selbstmordzahlen ansteigen lässt und eine ganze Generation von gut ausgebildeten Jugendlichen zur Auswanderung zwingt.
- 7) Das Friedenszentrum kritisiert den Bundeswehr-Einsatz in Syrien, der militärisch ziel- und sinnlos und völkerrechtlich mehr als fragwürdig ist. Wir plädieren für eine politisch-ökonomische Lösung: keine Unterstützung und kein Ankauf von IS-Öl und geraubte

Antiquitäten mehr durch andere Staaten. Eine Einbeziehung der Sunniten in den schiitischen Staat im Irak würde dem IS Nachwuchs entziehen. Vor allem aber: Unterstützung einer umfassenden Nahostkonferenz, die alle Beteiligten an einen Tisch bringt.

8) **Wir fordern ein Ende der Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien** und auch ein Ende der strategischen Partnerschaft mit diesem Land. Der wahabitische Islam dürfte in seiner vormodernen Rigorosität ein Vorbild für die intolerante Religionsausübung des „Islamischen Staates“ gewesen sein; auch die unmenschlichen Strafen, die für Andersdenkende verhängt werden, entsprechen denen des IS.

Rückschau

Internationaler Tag der Menschenrechte am 10. Dezember

Kurz zuvor haben Bundesregierung und Bundestag den Tornadoeinsatz in Syrien beschlossen.

Gerade auch darum organisierten wir - Friedenszentrum und Friedensbündnis - kurzfristig eine Mahnwache am Ritterbrunnen mit dem Aufruf:

- Keinen deutschen Militäreinsatz, statt dessen eine politische Lösung!
- Keine Waffenlieferungen mehr in die Region.
- Austrocknung der Finanzierungsquellen des IS.
- Druck auf unsere "Verbündeten" in der Türkei, in Saudi-Arabien und Katar, die Unterstützung des IS einzustellen.
- Druck auf die schiitische Regierung des Irak, die entmachteten Sunniten wieder zu integrierern.
- Sich im Sinne der Wiener Verhandlungen einzusetzen für einen innersyrischen Waffenstillstand, der den Weg freimacht für eine politische Lösung.

Ein Reporter von Radio Okerwelle war vor Ort und hat mehrere Leute interviewt, deren Stellungnahmen auch abends und am nächsten Morgen gesendet wurden.

Gudula Wegmann

Eine Ausstellung und ihre Folgen:

Reinhard Strecker und die „Ungesühnte Nazi-Justiz“

Donnerstag, 21. Januar, 19:00 Uhr Volkshochschule Haus Alte Waage

Vortrag von Dr. Stephan A. Glienke, Universität Flensburg:

Im November 1959 eröffnete eine Gruppe von Studierenden um Reinhard Strecker die Ausstellung „Ungesühnte Nazijustiz“ in Karlsruhe. Vorausgegangen waren monatelange akribische Recherchen im Ausschuss für Deutsche Einheit in Ostberlin, später auch in Warschau und Prag. Mit Kopien und Dokumenten belegte die Ausstellung die Beteiligung von amtierenden Richtern und Staatsanwälten an rechtsförmigem Unrecht unter dem NS-Regime. Gegen 43 Richter wurden Strafanzeigen gestellt.

Die ohne finanzielle Mittel zusammengestellte Ausstellung wurde von 1959 bis 1962 in westdeutschen Städten gezeigt und löste enorme Pressereaktionen und intensive Diskussionen aus. Sie war die erste Ausstellung, die die personellen Kontinuitäten zwischen NS-System und der jungen Bundesrepublik aufzeigte und trug damit wesentlich zu einem historischen Lernprozess bei.

Dr. Glienke zeigte auf, unter welchen Schwierigkeiten, sich die Recherchen in der Zeit des Kalten Krieges durchführen ließen und mit welchen Widerständen der Regierungen die

Studierenden zu kämpfen hatten. Erst eine öffentliche Würdigung der Dokumente durch den Amtsleiter des Bundesgerichtshofs schuf den Durchbruch. Die weltweite Aufmerksamkeit wirkte nach Deutschland zurück: Es gab eine parlamentarische Diskussion im Bundestag, die Ermittlungen gegen die „Blutrichter“ mussten durchgeführt werden, wenn auch keiner verurteilt wurde. Allerdings folgten 142 Richter der 1961 geschaffenen Möglichkeit, vorzeitig in Pension zu gehen.

Obwohl er persönlich stark angefeindet wurde, hielt Reinhard Strecker an seinem Ziel einer kritischen Selbstaufklärung der Demokratie fest. Sein Freundeskreis unterstützte ihn und sorgte nachträglich für seine Ehrung mit dem Bundesverdienstkreuz. Seine Aktivitäten sind ein lehrreiches Beispiel für die Chancen und Schwierigkeiten von Zivilcourage.

Bücher: Wolfgang Koppel (SDS): Ungesühnte Nazi-Justiz

Stephan Alexander Glienke: Die Ausstellung "Ungesühnte-Nazijustiz" (1959-1962)

Zur Geschichte der Aufarbeitung nationalsozialistischer Justizverbrechen. Baden-Baden 2008

Elke Almut Dieter

Vortrag von Uwe Meier in der Abt Jerusalem Akademie am 28.1.16:

„Die Suche nach dem Friedenskakao“

Vorwort vom FZ: Was hat der Kakao mit dem Frieden zu tun?

Das Friedenszentrum begleitet das Projekt Friedenskakao gern, denn eigentlich stellte Uwe Meier in seinem lebendigen Vortrag ein Friedensprojekt vor, das auch im Rahmen **des Zivilen Friedensdienstes** hätte dargestellt sein können. Es geht um konkret Frieden schaffen.

Frieden ist mehr als die Abwesenheit des Krieges. Voraussetzung für ein friedliches Leben ist eine **angemessene Lebensgrundlage** für alle, sowie die Achtung der Würde und Rechte aller Menschen. Zu den Menschenrechten - in der UN-Charta festgeschrieben - gehört das Recht auf ein gutes Leben in Würde: ein Dach über dem Kopf, sauberes Wasser, ausreichende und gesunde Nahrung, ein Recht auf Bildung und ein Leben in Sicherheit. **Traditionell sind es Frauen**, die dafür sorgen, dass ihre Kinder ausreichend genährt sind und gut leben können.

In Kolumbien, ein Land, das seit 50 Jahren den Krieg kennt, gibt es **ein gelungenes Friedensprojekt von Frauen** mit Landeigentum. Uwe Meier stellte eindrücklich dar, wie diese Frauen es geschafft haben, in einer Friedenskooperative, unterstützt durch die Kirche, die Guerillas und Paramilitärs aus dem Gebiet zu verdrängen. Der Kakao spielte dabei eine wichtige Rolle, da er den Coca-Anbau ersetzen konnte. Die indigenen Unternehmerinnen betreiben heute eine Mischkultur: So erzeugen sie eine Reihe von Lebensmitteln für den regionalen Markt. Daneben betreiben sie den Kakaoanbau, den sie durch neue Verfahren ständig verbessern.

Das Projekt "Friedenskakao" nimmt Einfluss auf nachhaltige Produktionsbedingungen, schafft Nahrungsmittelsicherheit, stärkt die Frauen und damit die Familienökonomie in Südamerika. Die Regierung gab zurückgekehrten Flüchtlingen Land, auf dem nun auch der Kakaoanbau versucht wird.

Ein weiterer Aspekt, dass Kakaoanbau ein Friedensthema ist, wird an den Flüchtlingen deutlich, die sich in Deutschland eine neue sichere Existenz erhoffen. **Die Zerstörung der Böden** durch Plantagenwirtschaft, durch Kriege und Umweltschäden sowie die Konkurrenz

auf dem Weltmarkt führen zu existenzbedrohlicher Armut, Kinderarbeit und Hunger. Fluchtbewegungen sind die Folge.

Das Stichwort "Fluchtgründe beseitigen" muss ergänzt werden: „Friedenskakao fördern“. Wir brauchen mehr solcher Projekte.

Elke Almut Dieter

Gedenkpunkt Schöppenstedter Straße ist gereinigt

Leider wurde unser Gedenkpunkt Opfer von Vandalismus.

Dankenswerterweise sind Gudula und Hubert am Nachmittag des 12.2. vor Ort gewesen und konnten mit Hilfe von Bürste, Lappen und Fensterputzmittel das Schild von der Farbe befreien, ohne es von der Wand abzumontieren. Wir verurteilen jegliche Form von Vandalismus.

Vortrag von Jürgen Rose am 18.02. im Rahmen der Vortragsreihe WEGE ZU EINER KULTUR DES FRIEDENS: Deutschlands neue Wehrmacht – Über die "Transformation" der Bundeswehr von einer Verteidigungsarmee zu einer weltweit einsetzbaren Interventionstruppe im Dienste nationaler Interessen

Die Bundeswehr im Krieg??

Warum sind deutsche Soldaten in Syrien, in der Türkei, in Mali?

Jürgen Rose weist ausführlich auf das Friedensgebot des Grundgesetzes hin. Es begrenzt den verfassungsrechtlich erlaubten Gebrauch deutscher Streitkräfte (GG §26, §25 und §24) auf die im Völkerrecht vorgesehenen Fälle. Das Bundesverfassungsgericht klärte 1994, dass der militärische Einsatz der Bundeswehr auch außerhalb der Landesgrenzen, aber im Rahmen der kollektiven Sicherheit erlaubt ist. Erst 2005 wurde der Verteidigungsbegriff präzisiert zu dem Recht auf Notwehr und zu dem Recht auf Nothilfe für andere Staaten. – entsprechend dem §51 der Charta der Vereinten Nationen.

Die Väter und Mütter des Grundgesetzes wollten nie wieder Krieg, die meisten Menschen wollen das auch heute nicht. Die Entgrenzung des Bundeswehrauftrags nach dem Kalten Krieg hat aber zum Ziel, die Fähigkeit der Bundeswehr zu steigern, einen Krieg zu führen. Der Paradigmenwechsel von der Verteidigung hin zur globalen Interventions- und Angriffsfähigkeit spiegelt sich in den Rüstungsbeschaffungsprogrammen: Das Verteidigungsministerium kauft Satelliten, Drohnen, Langstreckentransportflugzeuge, Kampf- und Transporthubschrauber, gepanzerte Gefechtsfahrzeuge, Kampfflugzeuge, Marschflugkörper, Über- und Unterwasserkampfschiffe. Innerhalb der letzten zehn Jahre wurden die deutschen Militärausgaben um 20% gesteigert.

Die neue deutsche Sicherheitspolitik wird mit der Übernahme vermehrter internationaler Verantwortung politisch begründet. Thomas de Maizière : „Wohlstand erfordert Verantwortung.“ – „ Wir haben ein nationales Interesse am Zugang zu Wasser, zu Lande und in der Luft.“ Sehr deutlich erklärte es Horst Köhler nach seinem Truppenbesuch in Afghanistan: ... warum Deutschland ... Krieg führt, nämlich weil ... ein Land unserer Größe mit der Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege, zum Beispiel ganze regionale Instabilitäten zu verhindern, die mit Sicherheit dann auch auf unsere Chancen zurückschlagen negativ durch Handel, Arbeitsplätze und Einkommen.“

Die Entgrenzung des Bundeswehrauftrages zeigt sich auch bei der Rechtfertigung des Einsatzes der Streitkräfte. Sie dienen nicht mehr nur der Verteidigung, sondern auch

-der präventiven Selbstverteidigung

- der antizipatorischen Nothilfe für Bündnispartner im Rahmen einer „Responsibility to Protect“ (um Menschenrechte in anderen Ländern durchzusetzen, d.h. Menschen zu schützen).

Jürgen Rose stellt die Frage, inwieweit die Sicherheitspolitik den Boden des Grundgesetzes nicht längst verlassen hat. Das Bundesverwaltungsgericht vom 21.06.2005 betont in seinem Urteil: „dass der Einsatz der Bundeswehr zur Verteidigung, mithin stets nur als Abwehr auf einen militärischen Angriff erlaubt (ist), jedoch nicht zur Verfolgung, Durchsetzung und Sicherung ökonomischer oder politischer Interessen.“ Jürgen Rose warnt davor, dass die Bundeswehr zur Durchsetzung von machtpolitischen Interessen vor dem Hintergrund der "Globalisierung" missbraucht wird.

Da sich der Einsatz der Truppen zur Verteidigung der Menschenrechte nicht mit dem Grundgesetz vereinbaren lässt, streben einige Politiker eine Grundgesetzanpassung durch eine Erweiterung des Artikels 87a an. Jürgen Rose erteilt diesen Forderungen eine Absage, warnt vor der schleichenden Rehabilitierung des Krieges, fordert das grundgesetzliche Friedensgebot zu stärken, friedensstörende Handlungen unter Strafe zu stellen. Frieden durch Recht! Sein Vorschlag ist die Novellierung des § 80 StGB: Wer vorsätzlich eine Handlung unternimmt, die gegen die in Kap.1 Abs.1 und 2 ihrer Satzung kodifizierten Ziele und Grundsätze der Vereinten Nationen verstößt und damit eine Gefahr für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit herbeiführt, wird mit Freiheitsstrafe nicht unter 10 Jahren oder mit lebenslanger Haftstrafe bestraft.

Elke Almut Dieter

Vorausschau

Ostermarsch 2016

Am Samstag, 26.03., ab 11 h, werden unsere jährlichen Osteraktionen auf dem Kohlmarkt stattfinden. Nähere Informationen – auch zur Fahrraddemonstration - entnehmen bitte im März unserer Homepage oder dem zugehörigen Einladungsflyer.

TTIP-Veranstaltung in Planung

Im April wird US-Präsident Obama zusammen mit der Kanzlerin die Hannover-Messe besuchen und in diesem Rahmen sicherlich erneut Werbung für TTIP machen.

Das Friedenszentrum und attac haben nun die Absicht, im Vorfeld des amerikanischen Besuchs in der Messestadt einen Vortrag zu organisieren, um an die Bedeutung des Protests gegen TTIP aufmerksam zu machen und aufzuklären. Nähere Informationen folgen auf unserer Homepage und auf dem Einladungsflyer zur Veranstaltung.

Petition

Es geht bei folgender Petition um Schiedsgerichte, die Teil des Freihandelsabkommens TTIP werden sollen. Sie erlauben es Unternehmen, gegen Staaten zu klagen, falls ihnen ein Gewinn entgangen ist, z.B. weil ihnen eine Umweltschutzmaßnahme das Geschäft vermasselt hat.

Vattenfall erwägt zum Beispiel eine Klage wegen der Braunkohletagebaue, die geschlossen werden sollen. Wegen der abgeschalteten Atomkraftwerke klagen sie eh schon. Mehr Infos und eine Handlungsmöglichkeit können hier gefunden werden:

Link: <https://act.wemove.eu/campaigns/sondergerichte>

Termine

- | | | |
|----------|----------------|--|
| 01.03.16 | 19:00 h | BERLINER COMPAGNIE
Bettler auf goldenem Thron – Ein Theaterstück

Kommunikations- und Kulturzentrum Brunsviga,
Karlstr. 35 |
| 06.03.16 | <u>16:00 h</u> | Andreas Zumach:
Die Rolle der UN im weltweiten Chaos
Antikriegshaus Sievershausen,
Kirchweg 4a, 31257 Lehrte |
| 08.03.16 | 19:00 h | BERLINER COMPAGNIE
Bettler auf goldenem Thron – Ein Theaterstück

Carl-Gotthard-Langhans-Schule,
Wilh.-Brandes-Str.9-11, Wolfenbüttel |
| 17.03.16 | 19:00 h | WEGE ZU EINER KULTUR DES FRIEDENS
"Büchel" , Film, Informationen und Diskussion über
Atomwaffen, VHS Alte Waage |

Poesie zum Schluss...

Luise Kaschnitz „Steht noch dahin“:

Ob wir davonkommen, ohne gefoltert zu werden,
ob wir eines natürlichen Todes sterben,
ob wir nicht wieder hungern, die Abfalleimer nach Kartoffelschalen durchsuchen,
ob wir getrieben werden in Rudeln, wir haben's gesehen.

Ob wir nicht noch die Zellenklopfsprache lernen, den Nächsten belauern, vom Nächsten
belauert werden, und bei dem Wort Freiheit weinen müssen.

Ob wir uns fortstehlen rechtzeitig auf ein weißes Bett oder zugrunde gehen am hundertfachen
Atomblitz,
ob wir es fertigbringen mit einer Hoffnung zu sterben, steht noch dahin,
steht alles noch dahin.

*Mit Friedensgrüßen und
einem Zitat aus dem AT (Jesaja 32,17): **Und der Gerechtigkeit Frucht wird der Friede sein.***

Elke Almut Dieter, Inge Gerlach, Frieder Schöbel, Gudula Wegmann